

Vertraulichkeitsvereinbarung

**Vertraulichkeitsvereinbarung
für das Zutrittskontrollsystem
Niederlassung Nordost**

Zwischen

Die Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Nordost,
An der Autobahn 111, 16540 Hohen Neuendorf OT Stolpe,
(nachfolgend „Auftraggeber“ oder AG genannt),

vertreten durch den Niederlassungsleiter Herr Ronald Normann,

vertreten durch die Geschäftsbereichsleiterin GB C Frau Kerstin Finis-Keck
(nachfolgend „Auftraggeber“ oder **AG** genannt),

und

[Name des Auftragnehmers], [Anschrift des Auftragnehmers]
(nachfolgend „Auftragnehmer“ oder AN genannt),

wird folgende *Vertraulichkeitsvereinbarung* geschlossen.

Vertraulichkeitsvereinbarung

Inhalt

§ 1 Inhalt und Zweck dieser Vertraulichkeitsvereinbarung	1
§ 2 Definitionen	2
§ 3 Vertraulichkeits- und Schutzpflichten	2
§ 4 Ausnahmen und besondere Pflichten	4
§ 5 Herausgabepflichten	4
§ 6 Betriebliche Regelungen	5
§ 7 Weitergabe Unterauftragnehmer und externer Dienstleister	5
§ 8 Benennung der Mitarbeiter des AN und UA mit Informationszugang	6
§ 9 Vertragsstrafe	6
§ 10 Kontroll- und Löschrechte	8
§ 11 Laufzeit	8
§ 12 Schlussbestimmungen	8

§ 1 Inhalt und Zweck dieser Vertraulichkeitsvereinbarung

Die Parteien haben einen Wartungs- und Instandhaltungsvertrag für das Zutrittskontrollsystem Nordost geschlossen (nachfolgend auch „Hauptvertrag“). Diese Vertraulichkeitsvereinbarung schützt die vertraulichen Informationen des Auftraggebers, auf die der Auftragnehmer infolge des Hauptvertrags zugreifen kann.

§ 2 Definitionen

- (1) „Vertrauliche Informationen“ sind wirtschaftlich, rechtlich, steuerlich oder technisch sensible oder vorteilhafte Informationen des Auftraggebers, die dem Auftragnehmer bekannt werden. Vertrauliche Informationen können solche Informationen sein, die in irgendeiner Weise als vertraulich oder gesetzlich geschützt erkennbar bezeichnet werden oder deren vertraulicher Inhalt offensichtlich ist. Der Begriff umfasst sowohl jegliches Anschauungsmaterial wie Unterlagen, Schriftstücke, Notizen, Dokumente, digitale Aufzeichnungen etc. als auch mündliche Mitteilungen. Weiterhin handelt es sich bei dem Umstand, dass der Hauptvertrag sowie diese Vertraulichkeitsvereinbarung geschlossen wurden, ebenfalls um vertrauliche Informationen im Sinne dieser Vertraulichkeitsvereinbarung. Das Gleiche gilt für die Inhalte des Hauptvertrags und dieser Vertraulichkeitsvereinbarung.
- (2) Vertrauliche Informationen im Sinne dieser Vertraulichkeitsvereinbarung sind insbesondere die im als Anlage WIV 25 zu diesem Vertrag beigefügten Geheimhaltungskonzept als solche definierten und klassifizierten Informationen. Anlage WIV 25 ist Bestandteil dieses Vertrages.

Vertraulichkeitsvereinbarung

- (3) Öffentlich bekannte Informationen sind solche, die nachweislich vor ihrer Bekanntgabe bereits dem Auftragnehmer oder seinen Organen, Angestellten und Bevollmächtigten (im Folgenden „Vertreter“) zugänglich waren bzw. ohne deren Verschulden während der Geltungsdauer dieser Vertraulichkeitsvereinbarung öffentlich bekannt wurden. Der Begriff „vertrauliche Informationen“ umfasst weiterhin nicht solche Informationen, die der Auftragnehmer sich selbst erschlossen, hat, vorausgesetzt, dass dies durch schriftliche Aufzeichnungen des Auftragnehmers oder auf sonstige Weise belegt wird und keine in dieser Vertraulichkeitsvereinbarung festgelegten Pflichten unterlaufen werden.
- (4) „Partei“ ist sowohl der Auftraggeber als auch der Auftragnehmer sowie deren verbundene Gesellschaften, Organe, Mitarbeiter, Berater und eventuell sonstige für diese tätige Dritte/Unterauftragnehmer, soweit diese einer den Anforderungen dieser Vertraulichkeitsvereinbarung oder des Hauptvertrags entsprechenden Vertraulichkeitsverpflichtung unterliegen.
- (5) Verbundene Gesellschaften sind alle Unternehmen der Parteien, an denen die jeweilige Partei eine Beteiligung von mehr als 50 % mittelbar oder unmittelbar hält oder deren wirtschaftliche Führung sie innehat.
- (6) Mitarbeiter sind Arbeitnehmer, freie Mitarbeiter und Zeitarbeitskräfte der jeweiligen Partei.

§ 3 Vertraulichkeits- und Schutzpflichten

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich selbst und seine Mitarbeiter dazu, alle vertraulichen Informationen des Auftraggebers streng vertraulich zu behandeln. Er verpflichtet sich und seine Mitarbeiter insbesondere dazu, (1) die vertraulichen Informationen keinem Dritten – direkt oder indirekt, schriftlich, mündlich oder in sonstiger Weise – zugänglich zu machen, (2) sie ausschließlich zur Erfüllung des Hauptvertrages zu verwenden und (3) alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um Kenntnisnahme und Verwertung der vertraulichen Informationen durch Dritte zu verhindern.
- (2) Dem Auftragnehmer ist es untersagt, sich Kenntnis von Informationen des Auftraggebers oder Dritter wie bspw. andere in den Diensten des AG stehender AN zu verschaffen, die als vertraulich gekennzeichnet sind oder deren Vertraulichkeit offenkundig ist oder sich aus der Natur der Information ergibt und deren Kenntnis nicht für die Erfüllung seiner Pflichten nach dem Vertrag erforderlich ist. Derart verschaffte Informationen sind unverzüglich an den Auftraggeber herauszugeben oder, falls die Verschaffung in Form der Duplizierung erfolgt ist, unwiderruflich zu löschen bzw. zu vernichten.
- (3) Sofern der Auftraggeber Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen getroffen hat bzw. trifft und diese dem Auftragnehmer bekannt werden, ist es dem Auftragnehmer untersagt, Handlungen vorzunehmen, die diese Maßnahmen umgehen, einschränken oder in ihrer Wirkung beeinträchtigen. Hat der Auftragnehmer Handlungen vorgenommen, die dem Auftraggeber bekannte Maßnahmen des Auftraggebers zum Schutz vertraulicher Informationen umgehen, einschränken oder in ihrer Wirkung beeinträchtigen, hat der Auftragnehmer die Wirkungen derartiger Handlungen unverzüglich zu beseitigen.
- (4) Erkennt der Auftragnehmer, dass vom Auftraggeber getroffene oder vorgesehene Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen nicht wie vorgesehen umgesetzt sind (z. B. dadurch, dass eine nach den Vorgaben des Auftraggebers zu verschlüsselnder Datei tatsächlich unverschlüsselt abgespeichert ist), wird er den Auftraggeber hierüber unverzüglich informieren.

Vertraulichkeitsvereinbarung

- (5) Erkennt der Auftragnehmer, dass ihm Informationen des Auftraggebers oder eines Dritten, die vertraulicher Natur sind, zugänglich sind, obwohl diese Informationen nicht für die Erfüllung seiner Pflichten nach dem Vertrag erforderlich sind (z. B., indem er Zugriff auf einen Dateiordner hat, der nicht zu dem konkret vom Auftragnehmer zu bearbeitendes Projekt gehört), wird er den Auftraggeber hierüber unverzüglich informieren. Auf derart zugänglich gemachte Informationen wird der Auftragnehmer nicht wissentlich zugreifen oder sie sonst in seinen Besitz bringen und keine Kopien anfertigen. In seinen Besitz gelangte derartige Informationen sind unverzüglich an den Auftraggeber herauszugeben oder, falls die Verschaffung in Form der Duplizierung erfolgt ist, unwiderruflich zu löschen bzw. zu vernichten. *Die Löschung ist in einem Protokoll forensisch nachvollziehbar zu dokumentieren.*
- (6) Unabhängig von den Verpflichtungen aus den vorstehenden Abs. 1–5 wird der Auftragnehmer vertrauliche Informationen mindestens durch die in Anlage 4 – Technische und organisatorische Maßnahmen (TOMs) der Auftragsverarbeitungsvereinbarung (Anlage WIV 27) aufgeführten technischen und organisatorischen Maßnahmen schützen. Hierzu wird der Auftragnehmer technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen dem aktuellen Stand der Technik entsprechend umsetzen (vgl. Art. 32 DS-GVO) und seine Mitarbeiter auf die Wahrung der Vertraulichkeit verpflichten (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. b DS-GVO). Der Auftragnehmer weist die Wirksamkeit der getroffenen Schutzmaßnahmen regelmäßig nach, mindestens einmal jährlich. Sofern der Auftragnehmer vertrauliche Informationen außerhalb des Betriebs des Auftraggebers speichert oder aufbewahrt, darf dies nur im Betrieb des Auftragnehmers erfolgen; Abweichungen bedürfen einer schriftlichen Einwilligung des Auftraggebers. Insbesondere ist die Nutzung von Cloud-Services zur Speicherung vertraulicher Informationen verboten. Eine Ausnahme kann der Auftraggeber im Einzelfall schriftlich zulassen, sofern die Speicherung ausschließlich innerhalb der EU/EWR erfolgt und der beauftragte Cloud-Dienst nach ISO/IEC 27001 sowie BSI C5 zertifiziert ist. Voraussetzung ist zudem eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, bei der der Auftraggeber die alleinige Schlüsselhoheit besitzt, sowie die Gewährleistung, dass kein Zugriff aus Drittstaaten erfolgt.

§ 4 Ausnahmen und besondere Pflichten

- (1) Nicht unter die Verpflichtung zur Geheimhaltung, Nichtbenutzung und Sicherung fallen vertrauliche Informationen, die nachweislich
- a) vor der Zugänglichmachung durch den Auftraggeber rechtmäßig im Besitz des Auftragnehmers waren und die weder direkt noch indirekt vom Auftraggeber stammen,
 - b) öffentlich bekannt sind oder werden, außer aufgrund einer Verletzung von Vertraulichkeits- und/oder Sicherungspflichten,
 - c) grundsätzlich mit Informationen übereinstimmen, die dem Auftragnehmer durch einen Dritten, der rechtmäßig darüber verfügen kann, ohne Verpflichtung zu Geheimhaltung oder Nichtbenutzung übermittelt wurden, oder
 - d) unabhängig von der Offenlegung der vertraulichen Informationen durch den Auftraggeber vom Auftragnehmer entwickelt wurden.
- (2) §§ 3, 5 GeschGehG bleiben von den Regelungen dieser Vertraulichkeitsvereinbarung unberührt.
- (3) Ist der Auftragnehmer aufgrund gesetzlicher, behördlicher oder gerichtlicher Anordnungen verpflichtet, vertrauliche Informationen offenzulegen, ist dies im absolut notwendigen Umfang zulässig, vorausgesetzt, der Auftragnehmer setzt den Auftraggeber hiervon unverzüglich in Kenntnis

Vertraulichkeitsvereinbarung

und unterstützt ihn (auf Kosten des Auftraggebers) bei den erforderlichen Schritten zur Vermeidung oder Begrenzung der Offenlegung. Außerhalb des jeweiligen Verfahrens, das die Offenlegung erfordert, bleiben alle Verpflichtungen zu Geheimhaltung, Nichtbenutzung und Sicherung vollumfänglich bestehen. Im Rahmen derartiger Verfahren sind alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine vermeidbare Kenntnisnahme und Verwertung der Informationen durch Dritte zu verhindern. Insbesondere ist demjenigen, dem gegenüber den Informationen offenzulegen sind, mitzuteilen, dass es sich bei den offenzulegenden Informationen um vertrauliche Informationen bzw. Geschäftsgeheimnisse des Auftraggebers bzw. eines Dritten handelt und dass die Informationen entsprechend zu behandeln sind.

- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unverzüglich im Einzelnen zu informieren, wenn vertrauliche Informationen abhandengekommen oder Unbefugten bekannt geworden sind oder ein derartiger Verdacht besteht („Zwischenfall“). Gleiches gilt, wenn der Auftragnehmer der Ansicht ist, dass für eine vertrauliche Information Abs. 1 (Ausnahme) oder Abs. 2 eingreift, sodass sie nicht bzw. nur beschränkt der Verpflichtung zur Geheimhaltung, Nichtbenutzung und Sicherung unterfällt.

§ 5 Herausgabepflichten

- (1) Mit (1) Ablauf der Verpflichtung zur Geheimhaltung, Nichtbenutzung und Sicherung, (2) Beendigung der Tätigkeit des Auftragnehmers für den Auftraggeber oder (3) auf Verlangen des Auftraggebers – je nachdem, was früher eintritt – hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber innerhalb von vierzehn (14) Kalendertagen alle vertraulichen Informationen, die nicht im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Auftragnehmers nach § 1 aufgebraucht wurden, zurückzugeben. Das Eigentum an allen verkörperten vertraulichen Informationen verbleibt jederzeit beim Auftraggeber. Eventuelle Kopien und Verkörperungen vertraulicher Informationen fertigt der Auftragnehmer für den Auftraggeber an, überträgt das Eigentum an den verwendeten Datenträgern an den Auftraggeber und verwahrt die Kopien, Verkörperungen und Datenträger für diesen. Soweit vertrauliche Informationen auf Datenträgern Dritter, z. B. Unterauftragnehmern oder Tochtergesellschaften gespeichert sind, sind diese zu löschen und die Löschung ist dem Auftraggeber schriftlich zu *bestätigen*. Hierfür ist das vom Auftraggeber vorgegebene Löschbestätigungs-Formblatt (Anlage WIV 26) zu verwenden. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Löschung zu überprüfen, es sei denn, dies ist dem Auftragnehmer ausnahmsweise nicht zuzumuten. Eine Löschung kann auch durch Löschung des Schlüssels erfolgen, wenn die Daten mit einem Verschlüsselungsverfahren nach dem Stand der Technik verschlüsselt sind und der Schlüssel nicht rekonstruiert werden kann und der Datenträger alsbald anderweitig beschrieben wird.
- (2) Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben von den Pflichten nach Abs. 1 unberührt. Die nach Satz 1 aufbewahrten Unterlagen dürfen nur entsprechend den Zwecken der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht genutzt werden und unterliegen im Übrigen seitens des Auftragnehmers einem absoluten Nutzungs-, Verwertungs- und Weitergabeverbot. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung dieses Verbots durch technische und organisatorische Maßnahmen (einschließlich solcher nach § 3 Abs. 6) sicherzustellen, jede unbefugte Kenntnisnahme zu verhindern und den Auftraggeber unverzüglich von jeder tatsächlichen, vermuteten oder beabsichtigten Kenntnisnahme Dritter („Vertraulichkeits-Zwischenfall“) zu informieren. Darüber hinaus wird der Auftragnehmer technische Zugriffssperren für die aufbewahrten Informationen implementieren und mindestens einmal jährlich überprüfen, ob eine weitere Aufbewahrung erforderlich ist oder eine Löschung erfolgen kann (jährlicher Lösch-Review).

Vertraulichkeitsvereinbarung

- (3) Die Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts gegen die Pflichten aus Abs. 1 und Abs. 2 ist ausgeschlossen.

§ 6 Betriebliche Regelungen

- (1) Soweit der Auftragnehmer im Rahmen seiner Tätigkeit nach § 1 Zugriff auf Datenverarbeitungsanlagen des Auftraggebers erhält, vereinbaren die Parteien, dass die dafür im Betrieb geltenden Regelungen und Betriebsvereinbarungen (bspw. das Sicherheitskonzept für Gebäude und umliegende Infrastruktur) auch für den Auftragnehmer gelten.
- (2) Im Sinne des § 6 Abs. 1 gilt der Auftragnehmer als Mitarbeiter.
- (3) Erlässt der Auftraggeber während der Laufzeit dieser Vertraulichkeitsvereinbarung neue betriebliche Regelungen zur Nutzung der Datenverarbeitungsanlagen des Auftraggebers oder ändert er diese, gelten die jeweils aktuellen und dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellten Regelungen, es sei denn, dass dies dem Auftragnehmer unzumutbar ist. Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Änderung oder Neueinführung von Regelungen mit einem Vorlauf von mindestens 30 Tagen anzukündigen und dem Auftragnehmer die neuen Regelungen zu übersenden, wobei im Fall von geänderten Regelungen die konkreten Änderungen deutlich zu kennzeichnen sind. Die vorgenannte Frist darf ausnahmsweise unterschritten werden, wenn und soweit dies aus wichtigen Gründen erforderlich ist, etwa in Reaktion auf Sicherheitslücken oder Angriffe. Ergeben sich durch neue betriebliche Regelungen oder Änderungen an diesen für den Auftragnehmer Mehraufwände, kann der Auftragnehmer eine Anpassung seiner Vergütung verlangen, soweit Mehraufwände nicht an anderer Stelle durch Minderaufwände ausgeglichen werden. Die Pflicht des Auftragnehmers zur Umsetzung und Einhaltung betrieblicher Regelungen des Auftraggebers beschränkt sich auf diejenigen Systeme und Tätigkeitsbereiche, die für die Erfüllung der vertraglichen Leistungen nach dem Hauptvertrag relevant sind. Soweit Überprüfungen der Einhaltung dieser Regelungen durch den Auftraggeber erforderlich sind, sollen diese nach Möglichkeit als Remote-Audits erfolgen.

§ 7 Weitergabe Unterauftragnehmer und externer Dienstleister

- (1) Die überlassenen Informationen i. S. d. § 2 oder Teile hiervon können nur an Unterauftragnehmer und externe Dienstleister weitergegeben werden, die zur betreffenden Auftragsdurchführung benötigt werden und über die Vertraulichkeit der gegebenen Informationen unterrichtet und gleichlautend, wie in dieser Vertraulichkeitsvereinbarung verpflichtet wurden, und zwar auch für die Zeit nach Beendigung eines Vertragsverhältnisses zwischen dem Auftragnehmer und dem Unterauftragnehmer. Der Auftragnehmer erklärt ausdrücklich, für jegliche schuldhaft Verletzung der Vertraulichkeitsverpflichtung durch Unterauftragnehmer und externe Dienstleister, die zur betreffenden Auftragsdurchführung benötigt werden, einzustehen.
- (2) Die bereits vom Auftraggeber genehmigten Unterauftragnehmer und externen Dienste sind in der Anlage WIV 29 zum Hauptauftrag („Liste genehmigter Unterauftragnehmer und externe Dienste“) aufgeführt. Änderungen dieser Liste oder der Einsatz weiterer Unterauftragnehmer bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- (3) Der Auftragnehmer darf über Absatz 2 hinaus weitere Unterauftragnehmer und externe Dienstleister lediglich nach vorheriger schriftlicher Genehmigung durch den Auftraggeber im Rahmen der Erfüllung der beauftragten Tätigkeiten einsetzen. Die Genehmigung ist mindestens 10 Arbeitstage vor dem vorgesehenen Einsatz einzuholen. Vor der Einbindung eines weiteren Unterauftragnehmers

Vertraulichkeitsvereinbarung

oder externen Dienstleisters stellt der Auftragnehmer sicher, dass diese auf Zuverlässigkeit überprüft wurde (z. B. durch Vorlage aktueller Führungszeugnisse) und die erforderlichen Sicherheitsunterweisungen und Fachschulungen erfolgten. Die sich aus dieser Vertraulichkeitsvereinbarung ergebenden Verpflichtungen sind auch diesen weiteren Unterauftragnehmern oder externen Dienstleisters aufzuerlegen.

§ 8 Benennung der Mitarbeiter des AN und UA mit Informationszugang

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber innerhalb von 14 Tagen nach Zuschlagserteilung vor Beginn der Arbeitsaufnahme eine namentliche Liste aller Mitarbeiter (inklusive deren Funktion und einer Begründung des jeweiligen „Need-to-know“ sowie die jeweiligen Vertretungsverhältnisse) vorzulegen, die auf Seiten des Auftragnehmers Zugang zu vertraulichen Informationen erhalten. Personelle Veränderungen sind unverzüglich zu melden. Satz 1 und Satz 2 gelten ebenso für die Mitarbeiter, die von Seiten eines nach Maßgabe des § 7 genehmigten Unterauftragnehmers Zugang zu vertraulichen Informationen erhalten.

§ 9 Vertragsstrafe

- (1) Für jeden Fall der schuldhaften Verletzung von Verpflichtungen aus §§ 3 Abs. 1 bis 6, 4 Abs. 3 bis 4, 5 Abs. 1 bis 2, 7 Abs. 3 sowie für das schuldhafte Unterlassen der Information des Auftraggebers nach Maßgabe des § 8 durch den Auftragnehmer („Verstoß“) verpflichtet sich dieser, an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe eines 1 Prozentpunktes der jährlichen Wartungspauschale (netto) zu zahlen. Die Gesamtsumme der Vertragsstrafen aus diesem Vertrag und dem WIV innerhalb eines Zeitraumes eines Wartungsjahres darf jedoch 5 Prozent der jährlichen Wartungspauschale (netto) nicht überschreiten.
- (2) Die Vertragsstrafe ist auch zu zahlen, wenn der Auftragnehmer gemäß § 7 Abs. 1 für ein schuldhaftes Handeln oder Unterlassen eines Unterauftragnehmers oder externen Dienstleisters einzustehen hat, unabhängig von einem eigenen Verschulden des Auftragnehmers. Bei der Ausübung des Ermessens ist anstelle des Verschuldens des Auftragnehmers auf das Verschulden des Unterauftragnehmers oder externen Dienstleisters abzustellen.
- (3) Erstreckt sich ein Verstoß über mehr als einen Monat („Dauerverstoß“), fällt für jeden angefangenen Monat eine neue Vertragsstrafe an. Als Dauerverstoß gilt es, wenn mehrere auf einem einheitlichen Willen beruhende gleichartige Handlungen rechtlich zu einer Einheit zusammengefasst werden; in diesem Fall ist jedoch die Anzahl der verwirkten Vertragsstrafen auf die Anzahl der einzelnen zu einer rechtlichen Einheit zusammengefassten Handlungen beschränkt. Als Dauerverstoß gilt im Fall eines Verstoßes gegen

1. § 3 Abs. 1 Satz 2 Fall 1 die Beibehaltung eines Zugriffsrechts auf dieselbe vertrauliche Information oder eine sonstige fortgesetzte Bereitstellung derselben vertraulichen Information,
2. § 3 Abs. 1 Satz 2 Fall 2 die fortgesetzte Verwendung derselben vertraulichen Information in einer andauernden Handlung,
3. § 3 Abs. 1 Satz 2 Fall 3 das fortgesetzte Unterlassen der gebotenen Maßnahmen, die es Dritten ermöglicht, von derselben vertraulichen Information Kenntnis zu nehmen und/oder diese zu verwerten,

Vertraulichkeitsvereinbarung

4. § 3 Abs. 3 Satz 2 das fortgesetzte Unterlassen der Beseitigung der Auswirkungen von Handlungen, die Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen umgehen, einschränken oder in ihrer Wirkung beeinträchtigen,
 5. § 3 Abs. 4 und Abs. 5 das fortgesetzte Unterlassen der Information des Auftraggebers,
 6. § 3 Abs. 6 Satz 1 die fortgesetzte Unterlassung derselben technisch-organisatorischen Maßnahme,
 7. § 3 Abs. 6 Satz 2 und Satz 4 die fortgesetzte Speicherung oder Aufbewahrung derselben vertraulichen Information außerhalb des Betriebs des Auftraggebers,
 8. § 4 Abs. 3 Satz 3 und Satz 4 die fortgesetzte Unterlassung derselben Maßnahme im Hinblick auf dieselbe Offenlegung an denselben Empfänger,
 9. § 4 Abs. 4 Satz 1 das fortgesetzte Unterlassen der gebotenen Information des Auftraggebers hinsichtlich desselben Zwischenfalls,
 10. § 5 Abs. 1 Satz 1 das fortgesetzte Unterlassen der Rückgabe derselben vertraulichen Information,
 11. § 5 Abs. 1 Satz 4 Halbsatz 1 das fortgesetzte Unterlassen der Löschung derselben vertraulichen Information,
 12. § 5 Abs. 2 Satz 3 Fall 1 die fortgesetzte Unterlassung der gebotenen technisch-organisatorischen Maßnahmen, die es ermöglicht, gegen das Verbot des § 5 Abs. 2 Satz 1 zu verstoßen,
 13. § 5 Abs. 2 Satz 3 Fall 3 das fortgesetzte Unterlassen der gebotenen Information des Auftraggebers hinsichtlich desselben Vertraulichkeits-Zwischenfalls.
 14. § 7 Abs. 3 die Beibehaltung des Einsatzes desselben Unterauftragnehmers für dieselbe Tätigkeit,
 15. § 8 das fortgesetzte Unterlassen der Information des Auftraggebers,
-
- (4) Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben unberührt.
 - (5) Die Geltendmachung der Vertragsstrafe durch den Auftraggeber befreit den Auftragnehmer nicht von der Pflicht zur Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen.
 - (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von sämtlichen Schadensersatzansprüchen, Aufwendungen und sonstigen Verpflichtungen, einschließlich angemessener Anwaltskosten, die aus einer schuldhaften Verletzung der Verpflichtungen aus §§ 3 bis 7 durch den Auftragnehmer oder durch Personen, für die er nach § 7 Abs. 1 einzustehen hat, entstehen, freizustellen. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer unverzüglich informieren, wenn Dritte ihm gegenüber unter die vorstehende Freistellungsverpflichtung fallende Ansprüche erheben, und ihm, soweit möglich und zumutbar, Gelegenheit zur Abwehr des geltend gemachten Anspruchs geben. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber unverzüglich alle ihm verfügbaren Informationen über den betreffenden Sachverhalt vollständig mitzuteilen. Eventuelle darüberhinausgehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

Vertraulichkeitsvereinbarung

§ 10 Kontroll- und Löschrechte

- (1) Innerhalb von vierzehn (14) Tagen nach schriftlicher Aufforderung des Auftraggebers wird der Auftragnehmer alle vorliegenden vertraulichen Informationen und aufgrund dieser Informationen gefertigten weiteren Unterlagen an den Auftraggeber zurücksenden bzw. ihm die Vernichtung der Informationen und Unterlagen nachvollziehbar nachweisen. Dies gilt nicht, soweit eine Verpflichtung zur Aufbewahrung aus Gesetz oder aufgrund behördlicher bzw. gerichtlicher Anordnung besteht. [In letztgenanntem Fall ist die weitere Speicherung der vertraulichen Informationen durch den Auftragnehmer nur zum Zwecke der Erfüllung dieser Verpflichtungen zulässig.]
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung dieser Vertraulichkeitsvereinbarung im erforderlichen Umfang zu kontrollieren oder kontrollieren zu lassen. Der Auftragnehmer gewährt dazu nach Absprache ungehinderten Zutritt und Zugang zu informationsverarbeitenden Systemen, Dateien und Informationen, die mit der Durchführung der Tätigkeiten in Verbindung stehen. Dem Auftraggeber sind durch den Auftragnehmer alle Auskünfte zu erteilen, die zur Erfüllung der Kontrollfunktion benötigt werden. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf Aufforderung mitzuteilen, welche vertraulichen Informationen zurückgesendet oder vernichtet und welche aufbewahrt wurden. Die Mitteilung, dass bestimmte Unterlagen oder Informationen aufbewahrt wurden, ist zu begründen. Vorbehalte oder Einschränkungen der Prüfung sind im Vorfeld durch den Auftragnehmer zu kommunizieren. Reguläre Audits wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer mit einer Ankündigungsfrist von mindestens 5 Werktagen mitteilen; Notfallprüfungen dürfen bei Sicherheitsvorfällen jederzeit erfolgen. Die Kontrolle erstreckt sich nur auf solche Systeme und Unterlagen, die für die Vertragsdurchführung relevant sind. Die Vertraulichkeit eventuell erhobener Auditbefunde ist vom Auftraggeber zu wahren.
- (3) Sollte eine Partei Kenntnis davon erlangen, dass vertrauliche Informationen entgegen dieser Vertraulichkeitsvereinbarung weitergegeben wurden, hat die Partei die jeweils andere Partei umgehend zu informieren.

§ 11 Laufzeit

Die Laufzeit dieser Vertraulichkeitsvereinbarung beginnt ab Unterzeichnung und entspricht der des Hauptvertrages. Ab dessen Beendigung bestehen die Verpflichtungen zur Vertraulichkeit zehn (10) Jahre fort. Für als Verschlussache eingestufte Behördengeheimnisse und sonstige sicherheitsrelevante Informationen gilt die Vertraulichkeitsverpflichtung unbefristet bis zum Wegfall der Schutzbedürftigkeit.

Vertraulichkeitsvereinbarung

§ 12 Schlussbestimmungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vertraulichkeitsvereinbarung im Ganzen oder in Teilen unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, berührt dies nicht die Wirksamkeit der sonstigen Bestimmungen.
- (2) Änderungen und Ergänzungen dieser Vertraulichkeitsvereinbarung, die Erklärung einer Kündigung sowie die Abänderung dieser Klausel bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform (§ 126 BGB). Die elektronische Form mittels qualifizierter elektronischer Signatur gemäß eIDAS wird der Schriftform gleichgestellt. Die Textform (§ 126b BGB) bleibt ausgeschlossen.
- (3) Anwendbares Recht und Gerichtsstand richten sich nach dem Hauptvertrag.

Für den Auftraggeber:

Die Autobahn GmbH des Bundes
Niederlassung Nordost
An der Autobahn 111
16540 Hohen Neuendorf OT Stolpe

Für den Auftragnehmer:

Vorname, Name, Unterschrift
(Datum, Unterschrift AG)

Vorname, Name, Unterschrift
(Datum, Unterschrift AN)